

Bürgerbeteiligung neu denken - auf dem Weg zur Zukunftsstadt

Bürger sind die Experten vor Ort. Sie kennen jeden Winkel in einem Quartier, können Chancen und Risiken für bestimmte Projekte einschätzen und sind zudem gut vernetzt. In den letzten Jahren haben immer mehr Verwaltungen dieses Expertenwissen schätzen gelernt und gemerkt, dass das Einbinden von Bürgern in einen Prozess nicht nur zu einer Akzeptanzsteigerung des Vorhabens beiträgt, sondern sich die Projekte mit bürgerlichem Engagement schneller und präziser verwirklichen lassen. Doch dafür müssen Bürger erst einmal die Möglichkeit haben, sich einzubringen oder zu beteiligen. Allerdings hat sich in vielen Kommunen die Art und Weise, wie Bürgerbeteiligung umgesetzt wird, trotz zunehmender Möglichkeiten dank der Digitalisierung nicht geändert.

Beteiligung statt Forendiskussion

Noch immer gibt es Einwohnerversammlungen, in denen einzelne Vertreter der Verwaltung mehr Redezeit bekommen als die gesamte Bürgerschaft zusammen. Solche Verfahren in der Kommunalpolitik produzieren meist keine befriedigenden Lösungen und bleiben weit hinter den Ansprüchen der betroffenen Bürger zurück. Die Folge ist eher eine Art Beteiligungsmüdigkeit und Frust. Einwohner haben dann meist das Gefühl, dass ihre Meinung keine Relevanz hat und werden sich folglich auch bei anderen Projekten wahrscheinlich nicht beteiligen. Dabei gibt es ein großes Potenzial an gesellschaftlichem Engagement, das aber größtenteils brach liegt. Zu sehen ist das beispielsweise bei Klimastreik-Aktionen der Initiative „Fridays for Future“ oder Fahrraddemos, bei denen oft mehrere Tausend Personen teilnehmen. Warum aber kriegen diese Bürgern, die sich offenbar in die Stadtgesellschaft einbringen wollen, nicht die Möglichkeit, ihre Stadt selbst zu schaffen?

„Ich mach mir die Welt...“

Was wäre, wenn Bürger- und Unternehmerschaft nicht nur einen Raum für ihre Ideen bekämen, sondern diese gleich umsetzen könnten? Wie wirkt sich das auf die Mitmach-Kultur aus und welche Projekte können dabei entstehen? Das war die Idee der „Zukunftsstadt Dresden“. Seit 2015 wird in der sächsischen Landeshauptstadt erforscht, wie der Weg zu einer nachhaltigen und innovativen Stadt gelingen kann, in der ein gutes und gesundes Leben möglich ist. „Dabei werden im sogenannten Reallabor innovative Ideen der Bürgerschaft unter realen Bedingungen erprobt“, fasst der ehemalige Projektleiter Norbert Rost zusammen. Die Themen der Bürgerprojekte sind vielfältig und reichen von Ideen zur Selbstversorgung eines Stadtteils mit Lebensmitteln über Projekte, um den Lebensraum einer eingestaubten Schule nachhaltig entwickeln zu können.

Beispiel: „Woche des guten Lebens“

In der Dresdner Neustadt spielten beispielsweise Bürger mit dem Gedanken, ein Viertel des sonst vom Straßenverkehr geplagten Stadtteils autofrei zu machen. Zumindest für einen kurzen Zeitraum von einer Woche. "Ein Stadtteil für Menschen statt für Autos", fassten die Projektinitiatoren ihre Idee zusammen. Das Ziel dabei war es, die Schadstoffbelastung im Viertel zu reduzieren, um Lärm- und Klimaschutzvorgaben einzuhalten sowie die Verkehrssicherheit und die Zufriedenheit der Anwohner zu verbessern. Die leeren Straßenzüge und Parkbuchten sollten stattdessen genutzt werden, um sich in der Nachbarschaft neu zu begegnen. Hier waren alle Bewohner angesprochen, ihre Ideen einzubringen und sich aktiv am Prozess zu beteiligen. Unternehmer wollten ihre Cafés oder Bars auf die Straße verlagern und riesige Sitzflächen zum gemeinsamen Treffen und Reden kreieren. Einige Anwohner hatten die Idee, E-Fahrräder zu besorgen und diese anderen Anwohnern kostenfrei zur Verfügung zu stellen. So sollten neue Mobilitätsformen getestet werden. Und einige Eltern wollten einen gesamten Straßenzug in eine Art Spielstraße umfunktionieren, auf der alle Nachbarskinder mit Kreide malen können.

Aus Idee wurde Debattenkultur

Natürlich fanden die Ideen nicht bei allen Bewohnern sofortigen Zuspruch. So hatten zum Beispiel viele Unternehmer beklagt, dass ihre Geschäfte oder Restaurants in der Woche nicht beliefert werden können, wenn die Zufahrtswege autofrei bleiben müssen. Doch die Initiatoren schafften es, durch viel Eigeninitiative und Mut, Lösungen für solche Probleme aufzuzeigen. So wurden die Aktivitäten auf kleinen Seitenstraßen neu konzipiert, um Platz für den Lieferverkehr zu schaffen. Auch etablierte sich eine Debattenkultur mit der kommunalen Verwaltung. Dabei ging es zum Beispiel um rechtliche Möglichkeiten des Projektes oder Genehmigungen. Einer der größten Streitpunkte war jedoch, den Projektrahmen und das Gebiet genau abzugrenzen. "Dennoch konnten wir schließlich eine verkehrsrechtliche Anordnung und damit eine Genehmigung unseres Verkehrskonzepts erwirken", so die Initiatoren, die diese Phase als enorm fordernd und anstrengend bezeichneten. Allerdings konnten dadurch auch Kontakte zur Verwaltung geknüpft und die eigenen Intentionen direkt angesprochen werden.

Corona durchkreuzte Projektpläne

Auch wenn das Projekt durch die Corona-Pandemie vorerst (noch) nicht umgesetzt werden konnte, zeigt die entstandene lebendige Diskussion unter den Bewohnern des Viertels, dass die Bürgerbeteiligung schon jetzt ihre Kraft entfaltet hat. Die Entwicklung einer gemeinsamen Vision ohne Grenzen für das eigene Viertel hat nicht nur dazu geführt, dass neue Freundschaften und Bekanntschaften entstanden sind, sondern auch die Diskussion um ein autofreies Stadtzentrum neu entfacht. Seitdem werden die Funktion und Planung des öffentlichen Raumes stärker hinterfragt und immer wieder neue Impulse aus der Bürgerschaft herangetragen. Das hilft, die kommunalen Klimaschutz-, Nachhaltigkeits- oder Stadtentwicklungsstrategien zu unterstützen und zu beschleunigen. Eine Neuauflage

der autofreien Woche ist bereits in Planung. Die Durchführung des Experimentes kann zusätzliche Daten über mögliche alternative Verkehrsszenarien aufzeigen und vor allem die kommunale Attraktivität in puncto Nachhaltigkeit steigern. Dafür wurde und wird das Projekt von der Technischen Universität Dresden (Professur für Verkehrspsychologie) wissenschaftlich begleitet.

Trotz Absage ein Erfolg?

Trotz vorzeitigem Projektstopp zeigt die Realisierung der Idee, dass sich in einem solchen offenen Partizipationsverfahren sehr wohl unterschiedliche Interessen und Haltungen einbinden und gemeinsam Lösungsansätze erarbeiten lassen. Verwaltung und Bürgerschaft haben gelernt, miteinander zu kommunizieren und nach pragmatischen Lösungen zu suchen. So war allen Beteiligten früh klar, welche Genehmigungen das Vorhaben „Woche des guten Lebens“ benötigt und dass die Idee von bürgerschaftlichem Engagement lebt. Auch wurden frühzeitig alle Beteiligten des Viertels eingebunden und aufgefordert, ihre Wünsche an die Projektinitiatoren heranzutragen. Dadurch konnten Alleinerziehende, Berufstätige, Unternehmer, Händler etc. gemeinsam an ihrer Vision arbeiten.

Das Reallabor „Zukunftsstadt Dresden“ half zudem gleich zu Beginn des Projekts und sorgte dafür, dass sich unterschiedliche Akteure vernetzen. So fanden sich auch schnell Unterstützer innerhalb der Stadtverwaltung, die die Vision begleiteten und zur Realisierung beitrugen. Dabei wurde darauf geachtet, dass die Ergebnisse des Forschungsprojektes in die künftige Stadtplanung eingebunden werden können. Dafür wurden die Strukturen des Stadtteils genau beleuchtet, die Anbindungen an den öffentlichen Personennahverkehr sowie Rad- und Fußwegverbindungen geprüft und eine Art Leitfaden für die Verwaltung entwickelt. Im Prinzip wurde dafür das Expertenwissen der Anwohner gesammelt, um der Kommune eine Entscheidungshilfe an die Hand zu geben. Außerdem konnte ein Teil der Finanzierung durch Fördermittel des Bundesministeriums für Wirtschaft und Entwicklung gestemmt werden.

Digitale Projektfabrik

Aus den Erfahrungen der „Zukunftsstadt Dresden“ entstand die Idee, weitere Projekte in anderen Städten zu realisieren. Initiator Norbert Rost, der das Projekt der „Zukunftsstadt“ leitete, entwickelte dafür die digitale Projektfabrik. Die Plattform bietet rund um die Uhr Tools zur Projektplanung. Hier lassen sich Ideengeber, Mitstreiter und Förderer finden. „Wir wollen von einer Forderungskultur zu einer Beteiligungskultur“, skizziert Rost die Vision. Dabei ginge es darum, die bisherigen Prozesse zu verbinden. „Normalerweise müssen sich Menschen zuerst Ideen ausdenken, dann ihr Team zusammenstellen, Projekte entwickeln und zum Schluss einen Förderantrag stellen.“ Die digitale Projektfabrik soll diese Umsetzung beschleunigen. Dafür wurde die Plattform als eine Art Online-Marktplatz entwickelt, bei der jeder Ideen und Projekte anlegen kann. Nun können sich Teams

zusammenfinden, die dann kollaborativ an der Umsetzung des Vorhabens planen. Aus den fertigen Projektplänen lassen sich Fördermittelanträge kreieren und im besten Falle direkt einreichen, um die nötigen finanziellen Ressourcen zu bekommen.

Digitale Projektfabrik im Einsatz

Seit Oktober 2021 wird die digitale Projektfabrik in Hoyerswerda in der sächsischen Lausitz eingesetzt. Im Rahmen einer Vor-Ort-Projektwerkstatt wurden dafür zunächst interessierte und engagierte Hoyerswerdaer Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Dabei wurde die Plattform vorgestellt und im Anschluss in kleinen Gruppen an ersten Ideen gearbeitet. “Die Verknüpfung von Online- und Offline-Formaten ist wichtig, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und das gesamte Potenzial auszuschöpfen”, erklärt Rost. “Wir wollen den Teamgedanken in den Mittelpunkt stellen.” Derzeit ist geplant, auch in Görlitz die digitale Projektfabrik einzusetzen. Die Vorbereitungen laufen.